

Reaktion der Global Marshall Plan Initiative zu Fragen von Attac/Österreich

Bezug: www.attac.at/2469.html

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher

Mai 2006

Vorbemerkung

Mit dem vorliegenden Text wird eine Klärung von Positionen und Sichtweisen in der Wechselwirkung zu Attac Österreich und der Global Marshall Plan Initiative unternommen. Die unter www.attac.at/2469.html hinterlegte kritische Position von Attac Österreich zum Global Marshall Plan wurde dabei im Dialog in ein besseres Verständnis für einander und in eine partielle Zusammenarbeit verändert. Dabei sei daran erinnert, dass die Global Marshall Plan Initiative von Anfang an die Zusammenarbeit mit Attac, wie mit anderen einschlägigen Organisationen, angestrebt hat und immer auch mit positiver Bewertung auf die Arbeit dieser anderen Organisationen und Initiativen verweist. Und einige Mitglieder der Global Marshall Plan Initiative haben schon lange Zeit für eine Tobinabgabe und für andere, von Attac erarbeitete Inhalte argumentiert, bevor Attac gegründet wurde. Die von Attac Österreich genannten 12 Gründe, warum Attac Österreich die Global Marshall Plan Initiative nicht unterstützen kann, beruhen teilweise auf sprachlich-inhaltlichen Missverständnissen, auch wenn gewisse Differenzen zwischen beiden Organisationen verbleiben. Im Weiteren wird versucht, Missverständnisse auszuräumen.

So zeigt der vorliegende Text, dass es eine Menge Übereinstimmungen in der Analyse der aktuellen Situation zwischen Attac und der Global Marshall Plan Initiative gibt. Mit Attac und anderen gemeinsam ist es unsere Grundposition, dass die Globalisierung in der heutigen Form nicht gut läuft. **Sie kann und muss besser gestaltet werden.** Aus Sicht der Global Marshall Plan Initiative muss dazu auch nicht viel Neues dazu erfunden werden, vielmehr müssen konsequent Prinzipien globalisiert werden, die in allen funktionierenden Staaten auf diesem Globus selbstverständlich sind. Darüber hinaus ist die ökologische Seite strikt in das welt-ökonomische System zu internalisieren.

Wie es viel Übereinstimmung mit Attac gibt, so gibt es auch Unterschiede, z. B. in der Analyse. Die größten Unterschiede liegen dabei in der verfolgten Strategie. Die Global Marshall Plan Initiative setzt da an, wo aus Sicht ihrer Akteure Chancen erkennbar sind, unter den heute bestehenden Machtverhältnissen mit den dort agierenden Kräften relativ kurzfristig zu Veränderungen in eine bessere Richtung zu kommen. Dabei geht es um erste Schritte, die anschlussfähig unter den heutigen System- und Machtbedingungen sind. Wir versuchen dazu, Akteure mit Macht beim Wort zu nehmen und sie dadurch zu motivieren, gewisse prinzipiell richtige Schritte unter den bestehenden Verhältnissen zu tun. Dazu muss man nicht alle Fragen ausdiskutieren, vielmehr ein plausibles Programm entwickeln und dann maximale Unterstützung für dieses Programm mobilisieren. Im Sinne einer „**schiefen Ebene nach oben**“ ist die Hoffnung die, dass in der Folge der vorgeschlagenen vernünftigen Änderungen Betroffene weltweit in einer besseren Lage sein werden, um ihre Interessen durchzusetzen und nachfolgend weitere Reformen zu bewirken. Im Moment ist die Lage leider umgekehrt. Das markoliberalen Modell hat eine „**schiefe Ebene nach unten**“ durchgesetzt. So verschlechtern sich die Dinge Jahr für Jahr von alleine, im Besonderen durch Ausbluten der öffentlichen Budgets und Schwächung der Arbeitnehmerseite. In der Folge fehlen für zahlreiche wichtige Anliegen die Mittel und Durchsetzungsstrukturen. Ferner zerstreiten sich die betroffenen Akteure oft noch im Ringen um die zurückgehenden öffentlich zu verantwortenden Geldmittel. Gleichzeitig wird die Demokratie materiell ausgehebelt. Hier einen ersten Schritt in Richtung zu einer Umkehrung der Orientierung der schiefen Ebene zu erreichen, ist zentral, und hierauf konzentrieren wir uns und suchen dafür Partner.

Die Global Marshall Plan Initiative hat von Beginn an versucht, mit einem breiten Umfeld von Menschen und Organisationen zusammenzuarbeiten, die sich für eine bessere Gestaltung der Globalisierung einsetzen.

Die Global Marshall Plan Initiative sammelt Verbündete für eine bessere Globalisierungsgestaltung und arbeitet an einem konzeptionellen Rahmen, nämlich einer **weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft**, in die sich nach Erfahrung der Initiative praktisch alle Anliegen vernünftig integrieren lassen, die zur Zeit auf diesem Globus von Globalisierungsgestaltern diskutiert werden. Schlüssel für die Schaffung eines genügend breiten gedanklichen Rahmens ist eine **ausreichende Abstraktion**. Hier sehen wir unseren Beitrag in Würdigung ganz anderer Beiträge vieler Akteure. Der Zugang der Global Marshall Plan Initiative ist dabei wissenschaftlich geprägt, profitiert aber genauso von Erfahrungen verschiedener Träger im politischen Bereich und in anderen Segmenten der Gesellschaft.

Wir sind der Meinung, dass die Kräfte, die die Globalisierung so wollen, wie sie heute verläuft, dies insbesondere dadurch durchsetzen, dass sie Systembedingungen generieren, unter denen diejenigen, die etwas ändern wollen, sich häufig gegenseitig blockieren bzw. bekämpfen. Daher unternimmt die Global Marshall Plan Initiative große Anstrengungen, Konsens bzw. zumindest Zusammenarbeit oder partielle Unterstützung herbeizuführen, statt Konflikte und Differenzierungen zu generieren und zu verstärken.

1. Das Vertrauen in Liberalisierungen als Entwicklungsstrategie

Der GMP hält an Marktöffnung, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum als primären wirtschaftspolitischen Strategien fest. Attac sieht darin nur dann ein legitimes Mittel, wenn diese tatsächlich dazu beitragen, eine gerechte Verteilung von Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen, soziale Sicherheit für alle Menschen, den Erhalt einer lebenswerten Umwelt für künftige Generationen sowie die Eliminierung der global bestehenden Armut voran zu treiben. Nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre hat sich das Vertrauen auf Marktöffnung, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum für die Erreichung dieser Ziele vielfach als ungeeignet und zum Teil als kontraproduktiv erwiesen. Diese Lehren zieht der GMP nicht.

Die Global Marshall Plan Initiative bezieht sich inhaltlich unter anderem auf das Buch „Balance oder Zerstörung“ [23]. In diesem Buch ist beschrieben, dass der heutige Wachs-

tumsbegriff inadäquat ist, da er mit Nachhaltigkeit nicht kompatibel ist. Die Global Marshall Plan Initiative setzt sich für Wachstum nur insofern ein, als dieses Wachstum mit Nachhaltigkeit kompatibel ist. Das impliziert – und wird von uns auch immer wieder so artikuliert –, dass alle global wesentlichen sozialen, kulturellen und ökologischen Anliegen definitiv in das weltökonomische System internalisiert werden [2, 4, 5, 6, 7, 8, 19, 20, 27, 28, 34, 35].

In unserer Sprache ist das der Bereich, in dem die **Effektivität des Wirtschaftens**, also die Zielerreichung, sichergestellt wird. Und für uns wesentliche Zielerreichungen sind eine gerechte Verteilung von Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen, soziale Sicherheit für alle Menschen, der Erhalt einer lebenswerten Umwelt heute und für künftige Generationen sowie die Eliminierung der global bestehenden Armut. Noch präziser: Das „**Öko**“ im Begriff der Ökosozialen Marktwirtschaft bezieht sich auf die strikte Durchsetzung ökologischer Anliegen und das „**sozial**“ bezieht sich auf die Durchsetzung sozial-kultureller Anliegen.

Die Global Marshall Plan Initiative ist die wahrscheinlich einzige Initiative, die dabei die soziale Thematik sogar quantifiziert hat [9, 21, 23, 24, 25, 26]. Für uns bedeutet sozial, dass das jeweilige Bruttoinlandsprodukt so verteilt wird, dass die kumulierten Einkommen der 20 %, die die höchsten Einkommen nach Steuern und Transfers generieren, zwischen 35 und 47 % des Gesamtkuchens ausmachen, oder anders ausgedrückt, dass die 80 % weniger Reichen über mindestens 53 % des Kuchens verfügen. Das reflektiert im Wesentlichen die **europäische Equity-Definition**, nach der niemand über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügen sollte. Mit der Forderung, dass der entsprechende Wert für die Reichsten 20 % über 35 % liegt, erfolgt eine **Abgrenzung gegen sozialistische und kommunistische Zwangsbeglückungsmodelle**, die die Individualität der Menschen dermaßen strangulieren, dass insgesamt das Wertschöpfungspotential einer Gesellschaft sehr gering wird. Aufgrund der historischen Erfahrungen

gefährden solche Modelle zusätzlich die Freiheit und die persönliche Entfaltung und sie setzen keinen ausreichenden Umweltschutz durch. Mit der Begrenzung auf maximal 47 % wird in Reflexion der empirischen Situation auf dem Globus sichergestellt, dass der **Wohlstand allen** in einem solchen Umfang zugute kommt, dass alle humanen Potentiale voll entwickelt werden und zugleich ein **maximaler Reichtum erzeugt werden können** [23, 26]. Interessanterweise erzeugen also nicht Freihandel und Marktfundamentalismus den größten Reichtum, sondern eine Ökosoziale Marktwirtschaft.

Eine Konsequenz dieser Betrachtung ist, dass wir den heutigen Armutsbegriff der Vereinten Nationen als inadäquat ansehen [21, 23]. Einmal ganz davon abgesehen, dass die monetäre Seite nicht alles ist, wären wir also nicht zufrieden, wenn es (nur) gelänge, alle Menschen über ein Einkommen von 1 bzw. 2 Euro pro Tag zu bringen. Und das ist weit mehr, als die Millenniumsziele bis zum Jahr 2015 beinhalten (www.un.org/millenniumgoals/). Aufgrund der von der Global Marshall Plan Initiative zugrunde gelegten Definition von Armut müssten es mindesten 4 – 5 Euro sein. Es ist ein Ziel einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft, genau dieses zu erreichen. Dabei wissen wir, dass Geld nicht alles ist, aber auch, dass Geld die Machtverhältnisse verändern kann.

Letztlich geht es aber um mehr: Es geht um die volle sozio-kulturelle, ökonomische und politische Beteiligung aller Menschen im Rahmen eines umfassenden entwicklungspolitischen Ansatzes, inklusive der Abkehr von der Idee des nachfolgenden Entwicklungsparadigmas, im Rahmen einer echten Partnerschaft.

Die Menschen aus der Armut zu führen ist der Grund, warum wir uns über **Wachstum freuen würden**, auch wenn es klare Position der Initiative ist, dass Gesellschaften auch ohne Wachstum funktionieren können [23]. Noch einmal: wünschenswertes Wachstum in unserer Terminologie ist nur ein Wachstum, das mit Nachhaltigkeit kompatibel ist [23]. Die Global Marshall Plan Initiative legt ihren Planungen eine Zukunftsformel 10 ->4:34

zugrunde [22, 23], die eine Vervierfachung des Reichtums in der heute reichen Welt über die nächsten 50-100 Jahre und eine Vervierunddreißigfachung des Reichtums in der heute armen Welt anstrebt. Dies in Verbindung mit einem dramatischen weiteren Wachstum der Weltbevölkerung, vor allen in den ärmeren Ländern. Natürlich muss dazu der so erzeugte Reichtum **massiv dematerialisiert werden** [23, 30, 32], d. h. Ressourcen-seitig sind die Zugriffe in dieser zukünftig viel reicheren Welt pro Kopf deutlich geringer als diejenigen in der heute reichen Welt. Das erzeugt Effekte, die anderen Gruppen unter Begriffen wie **Suffizienz** und „gutes Leben“ verfolgen, aber von einem logisch anderen Zugang herkommend, der leicht mit Freiheitsdimensionen in Konflikt gerät und daher gesellschaftlich wenig konsensfähig ist. Von unserem Zugang her wird ähnliches erreicht über eine strikte Internalisierung von ökologischen sowie sozial-kulturellen Kosten. Dies führt zu einer **massiven Verschiebung der Lebensstile** [20, 23]. In der zukünftigen Welt wird der Ressourcenverbrauch pro Kopf kleiner, dafür aber die Verfügbarkeit **menschlich-kreativer Leistung** für jeden sehr viel besser sein als heute. Rein monetär betrachtet übersetzt sich das in ein Wachstum.

Aufgrund des Gesagten haben wir kein primäres Vertrauen in Liberalisierung als Entwicklungsstrategie. Unser **Vertrauen gilt gemeinsamen Märkten**, wie wir sie in der Europäischen Union verwirklichen, und das sind Märkte, die ökologisch-sozial-kulturell geeignet flankiert sind, wobei wir hier ein Niveau der Flankierung anstreben, das über das in der heutigen EU noch hinausgeht. Die EU ist dabei heute durch die Wirkungen einer falsch laufenden Globalisierung erheblich in ihren eigenen Möglichkeiten begrenzt, das Richtige zu tun. Um mit den daraus resultierenden Schwierigkeiten umzugehen, diskutierten wir das Konzept einer **Doppelstrategie** [23, 25].

Das heißt dann auch Folgendes: Die Global Marshall Plan Initiative sieht das Thema Marktöffnung und Wettbewerb durchaus differenziert. Marktöffnung macht für uns z. B. nur dann Sinn, wenn es nicht zu einer Zerstörung funktionierender und gewünschter re-

gionaler Strukturen kommt. Schon aus diesem Grund ist eine zu rasche Öffnung „südlicher“ Märkte für Industrieländer kritisch zu sehen. Ein gemeinsamer Markt kann nur funktionieren, wenn beide Partner annähernd gleich stark sind, bzw. erhebliche **Quer-Finanzierungsmittel** eingesetzt werden. Ebenso sehen wir Wettbewerb durchaus differenziert: Wettbewerb macht Sinn, wenn er die Effizienz unter vernünftigen Rahmenbedingungen erhöht. Ein Steuerwettbewerb zwischen Staaten, der zu einer Aushöhlung nationaler Budgets zu Lasten mehrheitlich als wichtig erachteter Anliegen führt, erachten wir als nicht sinnvoll. Ebenso sehen wir Wettbewerb dann kritisch, wenn Akteure ihre Wirtschaftsmacht dahingehend ausnutzen, eigene Gewinne auf Kosten des „Ausblutens“ von Lieferanten oder Abnehmern zu maximieren. Das passiert z. B. dann, wenn das Fehlen einer vernünftigen internationalen Anti-Kartell-Regulierung zur Bildung von **mächtigen Monopol- und Oligopolstrukturen** führt. Von der Grundeinstellung sollte es – auch in der Wirtschaft – mehr um Kooperation als um bedingungslosen Wettbewerb gehen. Und natürlich ist jede Form von Marktmacht vernünftig einzugrenzen.

2. Eurozentrismus statt selbst bestimmten Entwicklungsstrategien

Attac vermisst am GMP einen pluralistischen Ansatz, der unterschiedliche Wirtschaftsmodelle zulässt. Der „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ ist vielmehr bestrebt unser westliches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf die ganze Welt zu übertragen. Der Ruf nach „Stärkung der eigenverantwortlichen und unternehmerischen Fähigkeiten jedes Einzelnen“ entspricht einem neoliberalen Menschenbild. Alternative Formen von Ökonomie wie die Option solidarischen, kooperativen Wirtschaftens werden ausgeblendet, was im Widerspruch zu solidarischen und kooperativen Bekenntnissen des GMP steht. Die Frage was Europa von anderen Erdteilen lernen kann, wird nicht gestellt. Die Forderung zur globalen Durchsetzung einer Marktwirtschaft nach europäischem Vorbild ignoriert dabei, dass ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung noch immer in nichtkapitalistischen, nichtmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodellen lebt. Ob Integration in den Weltmarkt für alle diese Menschen die beste Strategie darstellt ist fraglich und sollte jedenfalls von ihnen selber entschieden werden.

Der Vorwurf, dass der Global Marshall Plan eine eurozentristische Position hat, beruht auf Missverständnissen. Der Begriff Ökosoziale Marktwirtschaft ist vielmehr sehr abstrakt gemeint und bedeutet einzig, dass unter dem Primat der jeweiligen Politik dem Markt erforderliche **Leitplanken** im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich gegeben werden.

Die Global Marshall Plan Initiative nutzt des weiteren eine **breite internationalen Wechselwirkung** mit verschiedenen Partnern, auch wenn der Ausgangspunkt der Initiative in Europa liegt und die Einbindung von Partnern aus dem Süden auch aus unserer Sicht weiter intensiviert werden soll und muss. Das ist vor allem ein Zeit- und Finanzthema. Zu unseren internationalen Partnern gehören z. B. der **Club of Rome** und der **Club of Budapest** als weltweit organisierte Netzwerke, aber z. B. auch die GOI Peace Foundation in Japan. Auf der Seite der Wirtschaft sei **Netzwerk der Jungen Unternehmer** weltweit genannt und mit **AIESEC** die größte Studentenorganisation. Sie alle tragen den Global Marshall Plan mit und haben an seiner konkreten Ausgestaltung wesentlich mitgewirkt und tun das auch weiterhin. (Hinzu kommen prominente Unterstützer aus dem Süden, wie z. B. Abiola Hafsat, Gründerin der Kudirat Initiative für Demokratie, Nigeria; Wahu Kaara, Aktivistin aus Kenia; Wangari Maathai, Gründerin der Green Belt Movement, Friedensnobelpreis 2004; Dr. Thomas A. Mitschein, Koordinator des POEMA Programms in Amazonien; Dr. Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Neu-Delhi; Bibi Russell, Fashion for Development, Pakistan).

Unsere Herangehensweise ist dabei partnerschaftlich, ein gemeinsamer Lernprozess auf gleicher Augenhöhe, da heute kein Staat das funktionierende Modell für Nachhaltigkeit auf diesem Globus vorweisen kann. Wir setzen auf selbst gesteuerte Entwicklungsprozesse in Partnerschaft. Zugleich glauben wir, dass Europa, dessen Wirken in der Vergangenheit wie heute sicher auch viele Probleme aufgeworfen hat und weiter aufwirft, durch die Erfahrungen mit der Bildung der Europäischen Union als Solidargemeinschaft einiges an

Einsichten in die Gestaltung von Globalisierungsprozessen einbringen kann, dass man in dieser Form sonst nirgendwo findet. Hierauf können wir aufbauen.

Nicht überraschend findet der Global Marshall Plan viel Unterstützung im Bereich der Evangelischen und Katholischen Weltkirche. Wir haben ferner die Unterstützung sowohl des Weltparlaments der Religionen als auch des Parlaments der Kulturen. Wir arbeiten mit der Stiftung **Weltethos** [11, 12, 20] zusammen. Die Global Marshall Plan Initiative ist auch mit dem **World Wisdom Council** und dem **World Spiritual Forum** verbunden (vgl. die gemeinsam abgestimmte Position im Identity Statement der Initiative [8]). Es ist auch falsch zu unterstellen, dass die Global Marshall Plan Initiative Formen des solidarischen und kooperativen Wirtschaftens ausblendet. Uns geht es um **Schutz der Umwelt** und eine **sozial-kulturelle Balance** und diese können genauso gut unter Nutzung von Familienverbänden oder in Form eines solidarischen, kooperativen Wirtschaftens wie unter Strukturbedingungen aufgebaut werden, wie wir z. B. in den europäischen Staaten finden – wobei diese ebenfalls von Staat zu Staat variieren. Die Global Marshall Plan Initiative ist in dieser Logik mit der **Weltgenossenschaftlichen Bewegung** verbunden und begrüßt alternative Wirtschaftsmodelle wie z. B. Solidarwirtschaften in Lateinamerika. Bezüglich der sich entwickelnden Länder ist ein enger Bezug mit der Kleinkreditbewegung, im Besonderen Professor Yunus von der **Grameen Bank** in Bangladesh und zu Oikocredit im kirchlichen Bereich, gegeben [1, 31].

Wir legen insofern auch Wert darauf, dass sich Prinzipien des Ökosozialen Modells auch in anderen Ländern auf diesem Globus wieder finden, z. B. in Kanada und Australien und in vielen anderen asiatischen Ländern (z. B. in Japan). Entscheidend ist im sozialen Bereich z. B. nicht ein staatlich flankiertes Sozialsystem, wie wir es in der Regel in Europa finden, entscheidend ist vielmehr die Existenz von Mechanismen, die dazu führen, dass das Ergebnis der Wertschöpfungsprozesse genügend gleichmäßig verteilt bei allen Menschen ankommt. Dies kann über staatliche Querfinanzierungsformen geregelt sein, über Sozial-

systeme, über Familien, über Firmennetzwerke, aber auch über indigene Strukturen der Verteilung. Noch einmal: Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist ein abstraktes theoretisches Konzept, das über Rahmenbedingungen letztlich bestimmte ökologisch-sozial-kulturelle Bestände sichert und Wettbewerb nur insofern zulässt, dann aber auch fordert, als man unter diesen Rahmenbedingungen bestimmte Ziele effizient zu erreichen sucht. Wir sind sehr stark orientiert an dem was die Nationen auf dieser Welt wünschen und haben nicht ohne Grund die Millenniumsziele der Vereinten Nationen (www.un.org/millenniumgoals/) als Zwischenziel für die Zeit bis 2015 zugrunde gelegt. Diese Ziele sind von 191 Staaten und allen großen internationalen Organisationen unterschrieben.

Es liegt uns nichts ferner als irgendeinem dieser Staaten vorzuschreiben, wie er sich entwickeln soll oder gar ein europäisches Wirtschaftsmodell weltweit vorzuschlagen. In der Definition der Ökosozialen Marktwirtschaft ist klar festgelegt, dass die Ausgestaltung abhängig vom kulturellen Kontext zu sehen ist – Ziel ist jeweils die Balance zwischen ökonomischer, sozialer, kultureller und ökologischer Nachhaltigkeit. Wir versuchen das, was viele Staaten des Südens auf zahllosen internationalen Konferenzen als Entwicklungswunsch geäußert haben, zu ermöglichen. Ein immer wieder geäußerter Wunsch all dieser Staaten ist, dass sie Co-Finanzierung erhalten, um sich in ein System vernünftiger Regelwerke im ökologischen und sozial-kulturellen Bereich eingliedern zu können. Die reiche Welt, immer den Freihandel propagierend, verweigert ständig eine adäquate Co-Finanzierung. Damit kommen wir in einen Zustand, in dem solche Standards bzw. für Alle vernünftigen Regeln eben nicht durchgesetzt werden. Wir von der Global Marshall Plan Initiative setzen klar auf das Prinzip „**Co-Finanzierung im Gegenzug zur Einhaltung von ökologischen und sozialen Standards**“, wobei diese Standards Entwicklungsland-abhängig sein sollten und über **faire weltweite Prozesse** auf gleicher Augenhöhe zu definieren sind, ebenso wie das Maß der erforderlichen Co-Finanzierung und die Form, wie diese Co-Finanzierungsmittel aufzubringen sind. Wichtig ist dabei, dass es uns **nicht** um technische Standards des Nordens geht, die oft auch eine protektionistische Dimensi-

on haben, sondern um international ohnehin schon breit abgestimmte Standards im sozialen Bereich (z. B. ILO Standards wie das Verbot von Kinderarbeit) und Umweltstandards, wie die Biodiversitätskonventionen, in deren Formulierung Vertreter des Südens immer voll eingebunden waren und sind.

Was schließlich die Frage der Integration in den Weltmarkt anbelangt ist aus unserer Sicht folgendes zu bedenken: Wenn Menschen ernsthaft krank sind, wollen sie normalerweise beste medizinische Versorgung, und zwar aus nachvollziehbaren Gründen. Und wenn Kinder groß werden, wollen sie häufig ihre Potentiale voll entfalten. Insbesondere wollen sie nicht immer wieder in Konkurrenz zu anderen auf zweite, dritte Plätze verwiesen werden. Wenn dem aber so ist, dann brauchen alle Kinder Zugang zum Wissen und zu den technischen Möglichkeiten dieser Welt. Wir sind sehr bemüht, entsprechend dem Millenniumsziel Nr. 2, für alle Menschen auf diesem Globus die Art von Grundbildung zu ermöglichen, die zumindest ein Minimum an Chancengleichheit sicherstellt und darüber hinaus dann die Basis für aufgeklärte, eigene Entscheidungen darüber liefert, wie man sich persönlich weiterentwickeln will.

An dieser Stelle sei auch an Folgendes erinnert: Selbstverständlich ist die Europäische Entwicklung noch bei weitem nicht ideal. Eine Ökosoziale Marktwirtschaft ist in Europa bisher nur zu einem Teil umgesetzt und gerät derzeit aufgrund der Globalisierungsprozesses weiter unter Druck. Vor allem was unseren Ressourcenverbrauch anbelangt, sind wir noch weit von einer nachhaltigen Wirtschaftsweise entfernt.

Da der Global Marshall Plan sich als ein partnerschaftliches Konzept zwischen „Nord“ und „Süd“ versteht, sehen wir klarerweise die Notwendigkeit und Chance von den Stärken der „Länder des Südens“ zu lernen. Nur in einem gemessenen Lernprozess auf gleicher Augenhöhe sind geeignete Lösungen miteinander zu finden.

3. Ausblendung von Zielkonflikten

Um niemanden vor den Kopf zu stoßen, werden alle Vorschläge im GMP generell als Win-Win Lösung präsentiert. Auch wo dies völlig unhaltbar ist. So ist es wissenschaftlich nicht haltbar zu behaupten, dass sich eine Vervielfachung des Weltsozialproduktes durch ein „globales Wirtschaftswunder“ mit der Beschränktheit der Ressourcen der Erde verträgt. Wir leben in einer Welt in der ein Fünftel der Menschen 4/5 der Ressourcen verbrauchen, und 3 Privatpersonen ein Vermögen besitzen, welches das zusammengerechnete BSP von 48 Staaten übersteigt. Ein Wandel zu einer Nachhaltigen Entwicklung kann nicht über ein „globales Weltwirtschaftswunder“ geschehen und es ist falsch, dass alle materiell gewinnen würden.

Die Global Marshall Plan Initiative arbeitet insbesondere auch **auf wissenschaftlicher Basis**. Aufgrund eigener Arbeiten und Arbeiten anderer Wissenschaftler sind wir mit guter Begründung der Überzeugung, dass sich eine Vervielfachung des Welt-Sozialprodukts durch ein globales Wirtschaftswunder mit der Beschränktheit der Ressourcen der Erde verträgt. Wir haben genau dieses klar analysiert und die Analyse findet sich nicht nur in „Balance oder Zerstörung“ [23] und einer Vielzahl von Büchern über Faktor-4-/Faktor-10-Thematiken [30, 33], das Thema ist auch in einem spezifischen Artikel in *bild der wissenschaft* [22], 30 Jahre nach dem grundlegenden Bericht an den Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ [16] dargestellt, und zwar ganz auf der Linie der Analysen des Club of Rome. Das Thema wurde übrigens von denselben Autoren des ursprünglichen Berichts 30 Jahre später noch einmal evaluiert [16]. Diese Überlegungen beziehen wir ein.

Wir haben des Weiteren auch Fragen der weiteren **Weltbevölkerungsentwicklung** [10] und des **Bumerang/Rebound-Effekts technischer Entwicklung** [18] in unsere Überlegungen einbezogen. Im Kontext berücksichtigt werden des weiteren Fragen der ökonomisch-empirischen **Glücksforschung** [14]. Das häufig anzutreffende Missverständnis, wohl auch auf Seiten von Attac, besteht im Folgenden: Auch in einer Weltökonomie, die die Beschränktheit der Ressourcen wie der verursachten Umweltbelastungen über Ge- und Verbote, Subventionen und ehrliche Preise in das ökonomische System inkorporiert, kann weiterhin Wachstum stattfinden kann, und zwar mit Nachhaltigkeit kompatibles

Wachstum. Dies kann geschehen als Folge der Möglichkeiten unserer **Kollektiven Intelligenz**, allerdings übersetzt in ein **nachhaltiges Lebensstilmodell**, das in vielem dem nahe kommen wird, was an anderer Stelle mit Ansätzen wie **Suffizienz** verfolgt wird. Die strikte Inkorporierung von Knappheiten in das weltökonomische System ist dabei erforderlich zur Vermeidung von **Bumerangeffekten** [18, 23], die in unseren Überlegungen eine große Rolle spielen.

In diesem zukünftigen Lebensstilmodell ist dann tatsächlich der Zugriff auf Ressourcen pro Kopf in dieser viel reicheren Welt **limitiert**, in vielen Bereichen auch **reduziert**, gegenüber dem heutigen Zugriff auf Ressourcen, wie er in der reichen Welt stattfindet. Allerdings erlaubt der eingetretene technische Fortschritt, aus einer bestimmten Input-Menge an Ressourcen mehr zu machen. Ferner werden die trotzdem wohl unvermeidlichen Abstriche im materiellen Bereich durch mehr Potentiale im Bereich **human-kultureller Dienstleistungen** weit überkompensiert. Diese vermehrten human-kulturellen Zuwächse drücken sich im Bruttoinlandsprodukt nach der normalen Berechnung von Wachstum in weiteren Wachstumsraten aus [23], und nur in diesem Sinne gehen wir von einer Win-Win-Situation aus.

Wir weisen zugleich immer wieder deutlich darauf hin, dass mit dieser Win-Win-Situation tatsächlich **Rückschritte in Bezug auf die individuelle Ressourcenverfügbarkeit** in den heute reichen Ländern verbunden sein werden [20, 23, 25, 26].

Noch viel deutlicher weisen wir auf ein anderes Phänomen hin, das Attac und andere vielleicht nicht so bewusst ist, nämlich dass in dieser Win-Win-Situation sich für den Norden dennoch ein Verlust einstellt, nämlich der **Verlust in der relativen Position** gegenüber der heute armen Welt. Wir thematisieren wie kaum eine andere Initiative die damit zusammenhängende Frage einer möglichen **Ressourcendiktatur** bzw. „**Brasilianisierung**“ als Zukunft des Globus, die sich genau auf diesen Punkt bezieht. Dass nämlich für

viele der Zuwachs im materiellen Bereich dann ein Verlust ist, wenn andere einen noch schnelleren Zuwachs haben. Viele Eliten im Norden lehnen unseren Win-Win-Vorschlag gerade deshalb ab, weil sie in der Relation für den reichen Teil einen relativen Rückgang gegenüber dem Rest der Welt darstellt. **Heutige Dominanz geht also verloren.** Wir thematisieren diesen Punkt systematisch [20, 23, 25, 26] und weisen auch auf die enormen „Vernebelungs-Potentiale“ hin, die in diesem Zusammenhang Manipulationen der öffentlichen Meinung durch geschickt platzierte Bilder, entwickelt und verbreitet durch „Spin-Doctors“ der anderen Seite, haben [13].

Aber noch einmal: All das Gesagte widerspricht nicht der Möglichkeit eines weltweiten Wirtschaftswunders. Die Europäische Union zeigt, wie solche Prozesse ablaufen können. Dies geschieht hier mit Bezug auf die Standard-Situation der EU, die natürlich noch nicht mit globaler Nachhaltigkeit kompatibel ist. Der Prozess würde aber ähnlich ablaufen, wenn mit Nachhaltigkeit kompatible Rahmenbedingungen in der EU und weltweit durchgesetzt würden. Das Weltbruttosozialprodukt läge unter diesen Bedingungen mittelfristig bei gleichem Ressourcenverbrauch bei einem Mehrfachen dessen, was in einem ökodiktatorischen oder protektionistischen System erreichbar wäre. Das heißt, der Kuchen als Ganzes wird größer, wenngleich der Anteil des Nordens relativ kleiner wird. Absolut gesehen würde jedoch auch der Norden seinen Wohlstand deutlich erhöhen. Der entscheidende Punkt ist dabei die Verschiebung von einem Ressourcen-basierten Wachstum in Richtung auf eine dematerialisierte, im Wesentlichen sehr viel stärker von kreativ-kulturellen Produkten gekennzeichnete Ökonomie. Die dazu korrespondierenden Lebensstile werden durch **ehrliche weltweite Preisstrukturen** durchgesetzt, die mit Nachhaltigkeit kompatibel sind. Die Durchsetzung dieser Preisstruktur ist Teil des **fairen globalen Vertrages**, den wir miteinander schließen müssen und für den sich die Global Marshall Plan Initiative einsetzt. Im Klimabereich schlagen wir mit vielen anderen im Sinne einer **Klimagerechtigkeit** z. B. eine strikte Limitierung der weltweiten CO₂-Emissionen, pro Kopf gleiche Rechte an diesen begrenzten Emissionspotentialen und einen Handel

dieser Rechte zwischen Staaten zur marktinternen Festlegung des Preises für CO₂-Emissionen vor [23, 27].

4. Ausblendung der Machtungleichgewichte

Der GMP erkennt zwar Interessensgegensätze zwischen Industrie und Entwicklungsnationen – die vorgeschlagene Lösung beschreibt jedoch nur, was ohnedies gefordert wird: der Süden soll als Gegenleistung für Strukturhilfen und erleichtertem Marktzugang den Forderungen des Nordens nach Handelsliberalisierungen sowie Umwelt- und Sozialstandards zustimmen. Diese Forderungen sind jedoch nicht neu und werden seit jeher bei allen internationalen Verhandlungen gestellt. Der Punkt ist viel mehr, dass es Industrienationen gelang, einseitig ihre Interessen an Marktöffnung für ihre Konzerne weltweit durchzusetzen. Er verurteilt nicht den Einfluss internationaler Konzerne bei solchen Verhandlungen über internationale Abkommen (z. B.: GATT, MAI, GATS, TRIPS). Obwohl zwar rhetorisch der Marktfundamentalismus erfreulich verurteilt wird, vertraut der GMP letztlich wieder auf die gleichen Institutionen wie die Weltbank, den IWF und die WTO und möchte Ihre Rolle sogar noch stärken. Aus der Sicht von Attac ist es notwendig, Zielkonflikte (wie eben Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch) unverschönt offen zu legen. Weiters ist eine unbeschönte Analyse der realen Machtverhältnisse und Interessensgegensätze zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aber auch zwischen den sozialen Schichten innerhalb der Staaten eine Mindestvoraussetzung für eine Reformdiskussion, die nicht an der Realität vorbei geht.

Punkt 4. erkennt, dass der Global Marshall Plan mit der Zielsetzung einer **Welt-Equity à la Europa** weit über alle sonst konkret diskutierten Forderungen nach sozialem Ausgleich auf diesem Globus hinausgeht. Deshalb ist unsere Forderung die Durchsetzung gemeinsamer Entwicklungsstand-abhängiger Standards im Gegenzug zu Co-Finanzierung und Marktzugang, wobei wir besonderen Wert auf die **Co-Finanzierung** legen. Unsere Forderung nach Standards bezieht sich nicht auf das TRIPS Abkommen oder ähnliche Verträge, sondern nur auf internationale Umweltabkommen und auf Kernstandards der ILO (z. B. Verbot der Kinderarbeit), die längst von allen Staaten unterzeichnet sind, aber oft nicht eingehalten werden (können). Unsere Forderung ist deshalb von fundamental anderem Charakter als die üblicherweise von manchen Vertretern des Nordens in diesem Kontext gestellten Forderungen bei internationalen Verhandlungen. Hinzu kommt ein weiteres. Der Norden stellt bei internationalen Verhandlungen immer wieder massive

Forderungen nach Standards, der im Gegenzug angebotene Umfang an Co-Finanzierung ist dann aber viel zu gering, um in einem freien Vertrag beide Seiten dazu zu bringen, miteinander eine derartige Umsetzung anzugehen. Die üblichen Angebote einer Co-Finanzierung liegen mindestens eine Größenordnung unter dem, **was nötig wäre und wofür wir votieren**. Wobei unsere Standards, um dies zu wiederholen, nur solche Anliegen betrifft, für die auch das **Weltsozialforum** eintritt.

Wir sind mit vielen Aspekten der heute international etablierten Regime überhaupt nicht zufrieden und eine Menge unsere Hauptakteure haben sich z. B. **gegen das MAI gewandt**, als dies vor einigen Jahren ein Thema war. Einige von uns haben schon für die Besteuerung globaler Transaktionen argumentiert, bevor Attac überhaupt gegründet wurde. Wir argumentieren auch gegen viele problematische Aspekte von GATS und TRIPS. Dass wir uns auf dem Weg zu einer besseren Global Governance Struktur neben der UN und ihren Unterorganisationen (wie UNEP, ILO, UNESCO, UNDP) auch auf Institutionen wie die Weltbank, den IWF und die WTO stützen, hat vor allem **pragmatische Gründe**. Man muss sich vernünftigerweise auf Institutionen stützen, die es schon gibt, denn das Schaffen neuer Institutionen in der Welt, wie sie sich heute darstellt, ist eine Herkulesaufgabe, die in absehbarer Zeit überhaupt nicht geleistet werden kann.

Es ist falsch zu sagen, dass wir die Rolle der WTO stärken wollen, wenn damit die WTO in ihrer heutigen Logik gemeint ist. Wenn man aber die WTO als einen Rahmen sieht, in dem Regelungen vorbereitet und getroffene Entscheidungen dann auch **über Sanktionen durchgesetzt werden können**, dann ist es dieser Rahmen, den wir von der WTO oder dem IWF oder der Weltbank nutzen wollen. Was wir gleichzeitig verändern wollen, sind die Gesetze bzw. Regeln, nach denen es in der WTO, beim IWF oder der Weltbank zu Entscheidungen kommt. Unser Anliegen ist, die Gesetze und Regeln bei der WTO, dem IWF, der Weltbank und der UN so zu verändern, dass in diesen Regeln Umweltschutz und sozial-kultureller Ausgleich gleichberechtigt zu anderen Anliegen ebenfalls gefördert wer-

den. Die Sanktionsmöglichkeiten dieser Institutionen sollen dann genutzt werden, um genau diese ökologischen und sozial-kulturellen Anliegen durchzusetzen und nicht, wie es heute oft der Fall, genau das Gegenteil durchzusetzen. Insofern ist der Eindruck falsch, wir wollten die heutige Systeme WTO, IWF und Weltbank in ihrer Rolle stärken, damit sie in der Folge noch besser das Falsche durchsetzen können.

Wir sind des Weiteren wie Attac der Meinung, dass man Zielkonflikte offen legen soll. In all unseren grundlegenden Büchern und zugrunde liegenden wissenschaftlichen Analysen geschieht das in einer klaren und unmissverständlichen Weise. Dabei werden immer wieder die **Machtverhältnisse** und **Interessen-Gegensätze** angesprochen, die heute bestehen. Hierzu sei z. B. in „Balance oder Zerstörung“ [23] auf das ressourcendiktatorische Szenario und die Einschätzung aktueller Tendenzen, z. B. auf Seiten der USA und Israels verwiesen. Hingewiesen wird von uns auch immer auf die Tatsache, dass es zwischen reichen und armen Staaten ein massives Machtgefälle gibt und dass es diese Machtgefälle auch innerhalb der Staaten gibt. Dies reflektiert häufig eine **besondere Interessenlage von Eliten**, die oft nicht mit der Interessenlage der großen Mehrheit der Menschen identisch ist. Insbesondere thematisieren wir das Problem der „**Brasilianisierung**“ in diesem Kontext deutlicher als andere. Brasilianisierung bedeutet den Rückbau des sozialen Ausgleichs, weg von europäischen Equity-Verhältnissen, hin zu brasilianischen Verhältnissen in den heute reicheren Ländern. Dies trifft Arbeitende wie den Mittelstand und macht Länder arm [23, 29]. Genau das ist aber in einer relativen Reichtumsbetrachtung für Eliten manchmal attraktiver als die heutigen europäischen Verhältnisse.

5. Fehlende Zusammenarbeit mit dem Süden und sozialen Bewegungen

Die Zusammenarbeit mit den Menschen, denen der GMP eigentlich nützen will, ist nicht erkennbar. Der GMP ist eine Top-Down Initiative des Nordens, welche nicht von Millionen Betroffenen und sozialen Bewegungen des Südens ausgeht, sondern von politischen Eliten des Nordens. Obwohl er viele Forderungen übernimmt, erklärt er sich auch nicht solidarisch mit der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung (Frauen-, Ökologie-, Landlosenbewegung usw.), die sich bei den Weltsozialforen versammelt.

Wie oben bereits dargestellt ist die Global Marshall Plan Initiative keine Top-Down-Initiative und erst recht keine spezifisch Top-Down-Initiative der politischen Elite des Nordens, vielmehr arbeiten wir sowohl Top-Down als auch Bottom-Up. Oben wurde dargestellt, dass es eine Vielzahl von Verknüpfungen mit anderen internationalen Akteuren über den Club of Rome, den Club of Budapest, das World Wisdom Council etc. gibt. Diese wollen wir weiter ausbauen; wir sehen hier für uns eine wichtige Aufgabe und Herausforderung. Wir suchen dazu Partnerschaften. Vertreter der Global Marshall Plan Initiative waren in den letzten Jahren bei allen Tagungen des Weltsozialforums zugegen und wir haben uns auch auf der letzten Tagung des Sozialforums in Deutschland in Erfurt engagiert. Einige unserer Partner sind unmittelbar als Entwicklungs-NGO vor Ort und in der Global Marshall Plan Initiative aktiv oder arbeiten bei Organisationen wie der Stiftung Weltbevölkerung oder bei der Rotarischen Initiative Bevölkerung und Entwicklung mit. Bei der Ausarbeitung von Positionen beziehen wir die Meinungen von Personen aus dem Süden gleichberechtigt mit ein. Die GMP-Initiative hat sich auch beim **GCAP Gipfel in Beirut** im Frühjahr 2006 mit eingebunden. Dort haben 100 Personen vorwiegend aus dem Süden teilgenommen.

Wir sind ansonsten der Meinung, dass es auf diesem Globus wichtig ist, dass man in **Netzwerken operiert**, in denen verschiedene Partner verschiedene Dinge tun. Wir freuen uns über das, was **Attac** und die **Weltsoziale Bewegung** tun. Wir freuen uns über

das, was viele NGOs tun. Einige von uns sind Rotarier, wir freuen uns über das, was Rotary International tut. Das, was andere schon tun und besser können als wir, müssen wir nicht neu erfinden. Wir vernetzen uns mit anderen, wir machen bekannt, was andere tun und fördern andere. Zugleich versuchen wir mit unseren eigenen Möglichkeiten für alle Interessierten und Kooperationspartner einen **spezifischen Mehrwert** zu bieten. Wir arbeiten daran, wie wir insgesamt auf diesem Globus in einen besseren Governance-Zustand kommen können, wobei der Schwerpunkt auf dem institutionellen Design liegt und auf der Frage, wie und mit welchen Partnern ein besseres Design ggf. und in überschaubarem Zeitrahmen durchgesetzt werden kann. Wir begrüßen die globalisierungskritischen Bewegungen, da unserer Ansicht nach **Globalisierungsgestaltung ein zentrales Thema ist**. Wir sind froh, dass die Frauen-, Ökologie-, Landlosenbewegung je spezifische Anliegen transportieren.

6. Keine Genderperspektive

Der GMP setzt es sich zum Ziel, die Armut auf der Welt zu bekämpfen. Diese Armut ist weiblich. Dies wird vom GMP weder in der Analyse benannt noch in den Forderungen entsprechend berücksichtigt.

Es ist nicht richtig, dass die Global Marshall Plan Initiative keine Genderperspektive hat, auch wenn es richtig ist, dass dieses Thema bei uns nicht im Zentrum steht und tendenziell verstärkt werden sollte. Orientierungspunkte für eine solche Verstärkung sind bis uns: Empowerment und Selbstbestimmung, gleiche Zugangschancen und Kontrollrechte und Partizipation von Anbeginn an. Es bedarf einer gleichberechtigten Einbindung der Frauen in Konsensfindungs- und Entscheidungsprozesse. und es geht um die Veränderung der Strukturen, die die vielfältigen Formen der Gewalt gegen Frauen perpetuieren. Wir freuen uns, dass einige herausragende Frauen aus der Entwicklungszusammenar-

beitsbewegung, vor allem aus Afrika und Indien, den Global Marshall Plan und uns Orientierung geben. Wir setzen beim Global Marshall Plan ansonsten massiv darauf, die Armut zu bekämpfen und wir wissen, dass es dabei in vielen Fällen insbesondere darum geht, die **Situation der Frau zu verbessern** [19, 23, 27, 31]. Enge Bezüge bestehen hier einerseits zur Frage der **reproduktiven Gesundheit** und der Familiensituation; in diesem Feld sind mehrere von uns in weltweiten Bündnissen aktiv. Wichtig ist uns weiterhin die Frage der Chancengleichheit und der Bildung, im Besonderen Millenniumsziel 2, das wir für das wichtigste Ziel halten. Hier unternehmen wir große Anstrengungen und adressieren immer auch die besondere Situation der Frauen. Schließlich beinhaltet aus unserer Sicht gerade das Thema Entwicklung als Umsetzungsprozess eine **massive Konzentration auf die Verbesserung der Situation der Frauen**. Zum Beispiel stehen in unserer Zusammenarbeit mit der **Grameen Bank**, mit **Oikocredit** und der **weltweiten Kleinkreditbewegung** Frauen aufgrund der empirischen Befunde zur Wirksamkeit dieses Instruments viel stärker im Zentrum der Aufmerksamkeit als die Männer [23, 31].

Allerdings bewegen wir uns wie die Vereinten Nationen in einem Rahmen, der die **Würde und Potentiale aller Menschen** ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, nicht ausschließlich die Situation der Frauen. Wir glauben, dass es global betrachtet um Männer wie Frauen und im Besonderen auch um Kinder geht und nicht speziell nur die Situation der Frauen als spezifisches Thema adressiert werden muss. Im Besonderen halten wir die **Aussage für falsch**, dass die Armut auf diesem Globus primär weiblich ist. Wenn man den Unterschied zwischen den 20 % Reichen und den 80 % Armen auf diesem Globus nimmt, dann gibt es in der reichen Welt zur Hälfte Männer und Frauen und in der armen Welt zu Hälfte Männer und Frauen und die 80 % Männer in der armen Welt sind ökonomisch betrachtet in einer extrem viel schlechteren Situation als die 20 % Frauen in der reichen Welt. Es bleibt zwar richtig, dass in beiden Gruppen, der reichen wie der armen Welt, die Frauen in einer relativen Betrachtung in der überwiegenden Zahl in einer schlechteren Situation sind als die Männer, und Kinder übrigens in einer schlechteren

Situation als Frauen und Männer, aber diese geschlechts- oder altersbedingte Benachteiligung wird weit überkompensiert durch die Benachteiligung zwischen Nord und Süd.

Der **Armutsunterschied zwischen Nord und Süd ist deshalb für uns ein besonders wichtiges Thema** auf diesem Globus und die Global Marshall Plan Initiative setzt insbesondere an dieser Stelle an. Es geht uns um eine Welt-Equity, die etwa der europäischen Equity entspricht und das bedeutet, dass sich die Relation Süd zu Nord unter Einbeziehung des absehbaren weiteren Bevölkerungszuwachses in den sich entwickelnden Ländern um etwa den Faktor 8 zugunsten des Südens verbessern muss. Wir richten unsere Anstrengungen insbesondere auf diesen Punkt. Sollte diese Strategie Erfolg haben, verbessert dies die Situation der Frauen auf diesem Globus in einer extremen Weise und z. B. weit stärker, als wenn nur in der armen und der reichen Welt je die Gleichstellung von Mann und Frau gelänge, das Nord-Süd-Gefälle aber ansonsten erhalten bliebe.

7. Fehlendes Eintreten für öffentliche Dienstleistungen und gegen Privatisierungen

Attac vermisst jegliche Forderung nach einem Privatisierungsstopp wie auch ein Eintreten für den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen. Im Gegenteil werden Kernsätze der Privatisierungsbetreiber im GMP übernommen. Die „Stärkung der eigenverantwortlichen und unternehmerischen Fähigkeiten jedes Einzelnen“ - welche stets als Begründung für die Auflösung von solidarischen Sicherungssystemen dient – ist eine zentrale Forderung der GMP Initiative

Die Global Marshall Plan Initiative setzt sich für die Stärkung der freien Entfaltungsmöglichkeiten aller Menschen ein. Dies reflektiert Erfahrungen mit dem teilweisen Verlust dieser Möglichkeit unter **kommunistisch-planwirtschaftlichen Regimen** und das völlige Fehlen dieser Möglichkeiten in Teilen der armen Welt. Es geht uns um die Entfaltung aller humanen Potentiale, uns geht es um die Stärkung von Menschen, uns geht es um Chancengleichheit und Entwicklung [31]. Die Förderung der eigenverantwortlichen und unternehmerischen Fähigkeiten jedes Einzelnen ist Bestandteil davon. Die **Kleinkreditbewegung** ebenso wie **Initiativen im Ausbildungsbereich** und bezüglich reprodukti-

ver Gesundheit zeigen die unglaublichen Kräfte, die damit weltweit freigesetzt und von den betroffenen Menschen begrüßt werden. Dies alles ist aus unserer Sicht aber in keiner Weise als eine Begründung für die Auflösung von solidarischen Sicherheitssystemen zu sehen, auch wenn das andere tun.

Wir haben eine klare Position in Bezug **auf gesellschaftliche Solidarität und Equity**, wir haben eine klare Position in Bezug auf **Umweltschutz**, wir haben sogar eine klare Position in Bezug auf **kulturelle Balance**, und das alles widerspricht in keiner Weise dem Ziel einer Stärkung der Möglichkeiten des Einzelnen. In Bezug auf Privatisierung und den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen, und übrigens auch, was die Lage der mittelständischen Wirtschaft und der Landwirtschaft in unseren eigenen Ländern und im Welthandel anbelangt, sind wir **nicht auf einem unreflektierten Liberalisierungs-Trip**. Ganz im Gegenteil. Wir setzen uns u. a. für den Erhalt einer **lokalen und regionalen Eigenverantwortlichkeit** ein, für politische Verantwortung im Bereich **Grundversorgung** (mit der Idee einer **Rest-Autarkie**, z. B. in den Bereichen Wasser, Nahrung, Energie, Logistik, Information, Gesundheit, Sozialbereich etc.), auch für das Recht der Förderung eigener kultureller Produkte nach eigenen Prioritäten ein und zielen darauf ab, all dies in den WTO Statuten zu verankern. Wir unterstützen deshalb auf Seiten der **UNESCO die Erklärung über die kulturelle Vielfalt**. Mitglieder unserer Initiative haben daran aktiv mitgewirkt. Und einige unserer Mitglieder sind hier schon lange aktiv, z. B. im früheren Information Society Forum EU, das zu diesem Thema bereits auf der WTO Vorbereitungsrunde in Seattle 1999 aktiv war.

Bezüglich Privatisierung sind wir allerdings nicht für so einfache Positionen wie Privatisierungsstopp. Wir beziehen uns an dieser Stelle u. a. auf den neuen Bericht von Ernst Ulrich von Weizsäcker, O. Young und M. Finger an den Club of Rome zu diesem Thema „Limits to Privatisation – How to Avoid Too Much of a Good Thing“ [33].

Um das Ergebnis dieser Studie hier zusammenzufassen: In wichtigen Regelungsbereichen ist es so, dass immer zwei vernünftige, im Ergebnis für die Menschen vergleichbare Optionen bestehen: Entweder setzt die Politik strikte Rahmenbedingungen in einem Privatisierungsprozess durch, so dass die privat erbrachte Leistung unter öffentlicher Kontrolle die Punkte umsetzt, die demokratisch von der Bevölkerung gewollt werden, d. h. ein Primat der Politik wird im Rahmen von Privatisierung durchgesetzt. Oder es bleibt umgekehrt die Aufgabe im Bereich der öffentlichen Hand. Dann sind unternehmerische Gestaltungsformen anzustreben, auch wenn die Leistungserstellung aus öffentlicher Hand erfolgt. Das heißt, dass auch im öffentlichen Bereich Wettbewerbselemente, wo machbar, einzubauen sind, damit nicht eine bestimmte Gruppe öffentlich Beschäftigter für sich zu Lasten der Allgemeinheit Sonderkonditionen generieren kann, die zur Folge haben, dass die entsprechenden öffentlichen Leistungen weit überteuert bzw. umgekehrt weit unterhalb der möglichen Qualität angeboten werden.

Auch an dieser Stelle ist die entscheidende Frage also wieder die Balance zwischen Rahmenbedingungen (Frage der **Effektivität**, also Zielerreichung) und Elementen von Wettbewerb (Frage der **Effizienz**, also günstiger Input-Output Relationen in der Leistungserbringung), wobei es am einzelnen Thema hängt, wie weit Wettbewerbselemente, auf welcher Ebene auch immer, inkorporiert werden können oder sollen. Es ist geradezu typisch für die ökosoziale Struktur, dass sie an dieser Stelle als abstraktes theoretisches Prinzip je spezifische Ausprägungen zulässt, die im Spezialfall auch beinhalten können, dass es sich um eine **ausschließlich öffentlich regulierte, nicht mit Wettbewerb angebotene Lösung handelt**, nämlich da, wo nichts anderes Sinn macht, z. B. in der Rechtssprechung.

8. Allheilbringende Direktinvestitionen

Ausländische Direktinvestitionen werden undifferenziert als Allheilmittel dargestellt, die oftmals problematischen Auswirkungen auf Entwicklungsländer werden verschwiegen. Investitionen können sowohl Wohlstand wie auch Verarmung bringen, wie seit Jahren im World Investment Report der UNCTAD nachgelesen werden kann. So geht es etwa bei den meisten Investitionen in den ärmsten Entwicklungsländern um Rohstoffabbau, wo Umweltzerstörung, fehlende Wertschöpfung, fehlende Budgetmittel durch Steuerbefreiungen für ausländische Unternehmen und soziale Konflikte um Land und Ressourcen oft Hand in Hand gehen.

Es ist uns unverständlich, wie jemand zu dem Schluss kommen kann, dass die Global Marshall Plan Initiative ausländische Direktinvestitionen undifferenziert als Allheilmittel für Entwicklung sieht. Ganz im Gegenteil setzen wir ergänzend auf massive internationale - rückzahlungsfreie - Co-Finanzierung im Gegenzug zur Angleichung von ökologischen und sozialen Standards und auf vernünftige Rahmenbedingungen, unter denen Investitionen, darunter ausländische Direktinvestitionen, stattfinden. Das zielt insbesondere auf solche Rahmenbedingungen, die die **Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums** beinhalten und bei denen international vereinbarte Standards im sozialen, kulturellen und ökologischen Sektor durchgesetzt werden. Investitionen, die zu Umweltzerstörung führen, sind dann aufgrund der Standardsituation von vornherein prinzipiell unzulässig und Steuerbefreiungen in einem Steuersenkungswettbewerb nach unten werden in diesem Fall durch **Mindestbesteuerungsniveaus** als Standardelement von vornherein ausgeschlossen.

9. Vertrauen in CSR

Grundsätzlich vertraut der GMP u.a. auch in die freiwillige Selbstverpflichtung aller Akteure (CSR, Global Compact). Attac sieht in unverbindlichen Selbstverpflichtungen größtenteils bessere PR Initiativen und tritt für demokratisch festgelegte und verbindliche gesetzliche Regelungen ein.

Es ist falsch, dass der Global Marshall Plan ein primäres Vertrauen in freiwillige Selbstverpflichtungen aller Akteure, etwa in Form CSR oder Global Compact hat [23, 27]. Ganz im Gegenteil steht im Zentrum unserer langfristigen Lösungsvorschläge eine weltweite

Ökosoziale Marktwirtschaft, in der alle wesentlichen Fragen durch **strikte Standards, gesetzliche Vorgaben und Querfinanzierungsmechanismen** geregelt werden, die gerichtlich einforderbar und durchsetzbar sind. Uns geht es an jeder Stelle um das Primat der Politik, und zwar um das **Primat der Politik** in einer **weltdemokratischen Sicht** auf diese Thematik. Und dieses Primat übersetzt sich in **durchsetzbares Recht** für alle. Wir finden Selbstverpflichtungen da gut, wo sie mit vergleichsweise geringem Regulierungsaufwand das Ziel erreichen, das vom Primat der Politik gefordert ist. In der Regel geht so etwas nur in speziellen Regulierungsfeldern und wenn solche Selbstverpflichtungen vor dem Hintergrund passieren, dass eine entsprechende gesetzliche Lösung vereinbart wird, falls keine wirkungsvolle Selbstregulierung zustande kommt. Ferner ist dann meist ein abstrakter gesetzlicher Rahmen gegeben, der über CSR weiter detailliert wird.

Allerdings sind wir auch der Meinung, dass, solange es eine entsprechende weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft nicht gibt, Prinzipien wie CSR und Global Compact durchaus einen Wert haben, nicht zuletzt in einer **doppelstrategischen Perspektive** [23], z. B. den Wert, dass sich Akteure öffentlich auf bestimmte Positionen verpflichten, selbst wenn sie diese nicht voll umsetzen, da auf diesem Weg Aufklärung betrieben wird und es zu einer öffentlichen Einnahme von Positionen kommt, auf die man sich in anderen Kontexten berufen kann, und zwar auch aus dem Kreis der Nichtregierungsorganisationen.

10. Systemstützung

Das Europäische Wirtschaftsmodell soll weltweit ausgedehnt und so eine globale Marktwirtschaft durchgesetzt werden, wenn auch sozial und ökologisch entschärft. Grundlegende kapitalistische Glaubenssätze wie Wettbewerb, Marktliberalisierung und Privatisierung werden hingegen nicht aufgegeben. Letztlich versäumt der GMP damit strukturelle Ursachen für Umverteilung, Naturausbeutung und die Erpressung schwacher Interessensgruppen zu benennen und ihnen zu entgegenen. Die Aufhebung der globalen Machtungleichgewichte wird nicht angestrebt. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung sowie die Ideologie des Neoliberalismus werden damit zwar rhetorisch kritisiert – in den konkreten Forderungen jedoch gestützt und in einigen Bereichen sogar gefördert.

Es ist falsch, dass die Global Marshall Plan Initiative das europäische Wirtschaftsmodell auf globaler Ebene durchsetzen will. Das Wirtschaftsmodell, von dem die Rede ist, also eine ökosoziale Struktur, findet sich auch in vielen asiatischen Ländern, findet sich in, allerdings ziemlich ausgedünnter und ständig stärker ausgedünnter Form sogar in den USA, aber nicht in den meisten ärmeren Ländern und nicht für den Globus als Ganzes. Was wir anstreben, ist erklärterweise eine Marktwirtschaft – kein Kapitalismus –, aber nicht eine soziale und ökologisch entschärfte Marktwirtschaft, sondern eine Marktwirtschaft, die über das **Primat der Politik** soziale, kulturelle und ökologische globale Anliegen durchsetzt, und zwar in dem Umfang, wie die Bürger das mehrheitlich wollen - und den Markt und damit das Element des Wettbewerbs nutzt, um eben dieses in bestmöglicher Weise zu erreichen. Noch einmal: Wir konzentrieren uns vorrangig auf Effektivität, also auf das, was man gesellschaftlich unter einem Primat der Politik erreichen will. Das äußert sich in Rahmenbedingungen. Dann sind wir für Wettbewerb, wo immer möglich, und zwar in dem Umfang und da, wo dies Sinn macht, als ein Mechanismus zur Erhöhung der Effizienz. Genau das ist die **Ökosoziale Marktwirtschaft**, bestehend aus Rahmenbedingung und Wettbewerb zur Sicherung von **Effektivität und Effizienz**.

Effizienz ist wichtig, vor allem in einer Welt der Not. Wir verkünden als Global Marshall Plan Initiative keine grundlegenden kapitalistischen Glaubenssätze wie Marktliberalisierung oder Privatisierung. Für uns sind dies pragmatische Fragen, immer zu messen an den gesetzten Ziele und den Rahmenbedingungen, die im Vordergrund stehen. Dabei geht es um die Balance zwischen den Kulturen, den strikten Schutz der Umwelt auf der Ressourcenseite wie bei den induzierten Umweltverschmutzungen und um Equity, und zwar **Equity in einer weltweiten Betrachtung**. Das bedeutet, dass die Ärmsten auf dem Globus sich mit ihren Einkommen etwa auf der Hälfte des Weltdurchschnitts befinden sollten. Das ist heute ein Niveau von 4-5 Euro pro Tag [21, 23], deutlich höher als das Einkommen im Rahmen der heutigen internationalen Armutsdefinition von 1 bzw. 2 Euro pro Tag, wobei sich unterhalb von 2 Euro die halbe Menschheit befindet. Noch ein-

mal: Unsere Forderung ist, dass in etwa 50 bis 100 Jahren alle auf dem Globus oberhalb von 50 % des dann noch deutlich höheren Weltdurchschnittseinkommens liegen sollen. Der Weltreichtum ist dabei stark dematerialisiert, also reich vor allem im kreativ-kulturell Bereich.

Wir erklären bei jeder Gelegenheit, dass der Globus mit zwei großen Gefahren konfrontiert ist. Das ist zum einen auf der Seite der Naturausbeutung ein globaler ökologischer **Kollaps** [3, 23]. Die unangenehme Alternative ist eine **Ökodiktatur** [23, 26] in Verbindung mit **Brasilianisierung**, wenn über die Machtmittel einer Spitze die ökologischen Fragen einseitig und ökodiktatorisch zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen geklärt werden. Die Brasilianisierung bzw. Ökodiktatur beinhaltet ihrerseits das Risiko eines Weltkrieges bzw. Welt-Bürgerkrieges.

Vor diesem Hintergrund ist die **Aufhebung der globalen Machtungleichgewichte** ein zentrales Thema der Global Marshall Plan Initiative – ein Thema, das literarisch sehr interessant in [15] adressiert wird. Wir zielen in einer längerfristigen Perspektive auf eine **Weltdemokratie** und **Weltbürgerrechte** [23] und vertreten die Ansicht, dass nur eine **weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft** Kollaps und Brasilianisierung verhindern können. Insofern ist dieser Ansatz, richtig betrachtet, in jedem Fall ein Win-Win-Szenario. Die dabei angestrebte Welt-Equity bedeutet, dass in 50 Jahren die entscheidenden ökonomischen Schwergewichte auf dem Globus in China, Indien und möglicherweise einer erweiterten EU liegen werden, nicht mehr in den USA, wegen der dortigen vergleichsweise kleinen Bevölkerung. Damit ist klar, dass der von uns verfolgte Ansatz **massive Verschiebungen in der Machtbalance** zwischen Nord und Süd zur Folge haben wird und muss.

Wir haben in Bezug auf Neoliberalismus und Marktfundamentalismus die klare, immer wieder artikulierte Position, dass dies der falsche Ansatz ist, und zwar nicht wegen der

Betonung von Wettbewerb, sondern wegen der **fehlenden Betonung der Rahmenbedingungen**, unter denen der Wettbewerb stattfindet. Genau damit stellen wir die Frage nach den strukturellen Ursachen von Umverteilung, Naturausbeutung und der Erpressung schwacher Interessensgruppen. Wettbewerb ist aus unserer Sicht wichtig, wo immer passend. Aus unserer Sicht ist Wettbewerb unter ökosozialen Rahmenbedingungen ein geeignetes Instrument, um Reichtum auf diesem Globus zu fördern, und zwar in **Nachhaltigkeits-kompatibler Weise**, um damit zugleich die Armut zu überwinden und den sozialen Ausgleich zu verbessern. Wir vertreten die Meinung, dass die Verstärkung globaler Ungleichheit, bzw. die 20/80-Gesellschaft, eine inhärente und sich selbst-verstärkende Komponente des jetzigen Systemzustands ist. Dieser Systemzustand resultiert vorwiegend aus der ungleichmäßigen Entwicklung in der Expansion ökonomischer Prozesse einerseits und der konkreten Natur ökologischer und sozialer Rahmenwerke andererseits. Jeder Tag der Abkopplung dieser verschiedenen Ebenen bewirkt zum einen eine Verschärfung der Situation – zu Lasten eines Großteils der Menschheit und aller kommenden Generationen - und zum anderen die Unumkehrbarkeit der bereits eingeleiteten gesellschaftlichen Reorganisation. Ideologische Glaubenssätze welcher Art auch immer verhindern eine pragmatische und lösungsorientierte Herangehensweise an dieses Problem, denn sie lenken von dem eigentlichen Kern des Geschehens auf gefährliche Weise ab.

Unsere Konklusio

Eine grundsätzliche Systemkritik, wie sie Attac und viele globalisierungskritische Gruppen weltweit erheben, führt zu keinen schnellen Win-Win-Versprechungen. Es führt aus der Sicht von Attac aber auch keine Abkürzung an einer unverschönten Systemkritik und –reform vorbei. Daher kann Attac den GMP nicht unterstützen.

Wir betreiben beim Global Marshall Plan durchaus eine grundsätzliche Systemkritik, auch wenn die Herausarbeitung **gemeinsamer Interessenlagen** aller wohlmeinenden Menschen und Organisationen unser besonderes Anliegen ist. Wir sehen uns in unserer kritischen Haltung in einem Boot mit vielen **globalisierungskritischen Gruppen**. Bei uns gibt es keine schnellen Win-Win-Versprechungen. Wenn überhaupt, hat das alles eine langfristige Perspektive, so ähnlich wie in **EU-Erweiterungsprozessen**. Andererseits haben wir als Marktwirtschaftler und als Wissenschaftler keinen Zweifel daran, dass **Freiheit und Wettbewerb** sowie **technischer und gesellschaftlicher Fortschritt** nicht nur zur Entfaltung humaner Potentiale gehören, sondern Chancen für eine viel angenehmere Welt für alle bieten, aber eben nur unter geeigneten Rahmenbedingungen, die weltweit fair und gemäß dem Primat der Politik auszuhandeln sind.

Wir hoffen mit Blick auf Attac, dass es mit diesen Klärungen möglich wird, miteinander zu arbeiten, sich gegenseitig zu stärken, mit vereinten Kräften an der Verbesserung der globalen Rahmenbedingungen zu arbeiten, gemeinsam die Chancen der EU-Ratspräsidentschaften und der G8-Gipfel 2006 und 2007 als Chance zu ergreifen, ein besseres globales Design auf die entsprechenden Agenden zu bekommen, anstatt im Gegeneinander mit dazu beizutragen, dass im Letzten an den bestehenden Verhältnissen nicht viel geändert wird.

Literaturbezüge

1. Alt, F., Gollmann, R., Neudeck, R.: Eine bessere Welt ist möglich – Ein Marshallplan für Arbeit, Entwicklung und Freiheit. Riemann Verlag, München, 2005, ISBN 3-570-50069-1
2. Club of Rome (Hrsg.): No Limits to Knowledge, but Limits to Poverty: Towards a Sustainable Knowledge Society. Statement of the Club of Rome to the World Summit on Sustainable Development (WSSD), 2002
3. Diamond, Jared: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2005
4. Global Marshall Plan Initiative (Hrsg.): Mit einem globalen Marshall Plan für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft eine neue Art von Wirtschaftswunder ermöglichen. Erklärung der Global Marshall Plan Initiative vom 11. Oktober 2003, Stuttgart. Mehr Informationen unter www.globalmarshallplan.org
5. Global Marshall Plan Initiative (Hrsg.): Welt in Balance - Zukunftschance Ökosoziale Marktwirtschaft. Hamburg, 2004, ISBN: 3-9809723-1-3
6. Global Marshall Plan Initiative (Hrsg.): Impulse für eine Welt in Balance. Hamburg, 2005
7. Global Marshall Plan Initiative (Hrsg.): Hoffnung Europa / Strategie des Miteinander. Hamburg, 2006
8. Global Marshall Plan Initiative (Hrsg.): Identity Statement. Hamburg, 2006
9. Kämpke, T., Pestel, R., Radermacher, F. J.: A Computational Concept for Normative Equity. Europ. J. of Law and Economics, No. 15, Vol. 2, 129-163, 2003
10. Kapitzka, S.: Population Blow-up and after. Report to the Club of Rome and the Global Marshall Plan Initiative. Hamburg, 2005, ISBN 5-02-033528-2
11. Küng, H.: Projekt Weltethos, 2nd ed., Piper, 1993
12. Küng, H. (ed.): Globale Unternehmen – globales Ethos. Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt, 2001
13. Lakoff, G.: Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate. The Essential Guide for Progressives. Chelsea Green Publishing, White River Junction, Vermont, USA, 2004
14. Layard, R.: Die Glückliche Gesellschaft – Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, ISBN 3-593-37663-6
15. Maurer, H.: Xperten - Das Paranez. Zusammenbruch des Internets. Freya Verlag, 2004, ISBN: 3-902134-72-0
16. Meadows, Donella H., Dennis I. Meadows, Jorgen Randers, William W. Behrens III.: THE LIMITS TO GROWTH. A Report to the Club of Rome. Universe Books, New York, 1972
17. Meadows, Donella H., Dennis Meadows, Jorgen Randers: The Limits to Growth: The 30-Year Update. Chelsea Green Publishing Company, 2004
18. Neirynek, J.: Der göttliche Ingenieur. expert-Verlag, Renningen, 1994
19. Ökosoziales Forum Europa (Hrsg.): Wege zu einer gerechteren Welt. Ö1-Features von Johannes Kaup. Wien, 2005, ISBN 3-9501869-5-6

20. Pestel, R., F.J. Radermacher (Hrsg.): Information Society, Globalisation and Sustainable Development: The promise of a 'European Way'. Ergebnisband Konferenz 2000, EXPO Hannover. Universitätsverlag Ulm, 2004, ISBN 3-927003-48-4
21. Pestel, R., F.J. Radermacher: Equity, Wealth and Growth: Why Market Fundamentalism Makes Countries Poor. Manuscript to the EU Project TERRA 2000, FAW, 2003
22. Radermacher, F.J.: Die neue Zukunftsformel. bild der wissenschaft 4, S. 78ff., 2002
23. Radermacher, F.J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa (Hrsg.), Wien, August 2002, ISBN: 3-7040-1950-X
24. Radermacher, F.J.: Die Zukunft der Wirtschaft: Nachhaltigkeitskonformes Wachstum, sozialer Ausgleich, kulturelle Balance und Ökologie. Tagung des Universitäts.Clubs Klagenfurt, Abbazia di Rosazzo, Friaul/Italien, 2003
25. Radermacher, F.J.: Perspektiven für den Globus – welche Zukunft liegt vor uns? Festvortrag bei der Eröffnung der Intergeo, Hamburg, September 2003. zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geodateninformation und Landemanagement, Teil 1 in Heft 3/2004, 129. Jg., Juni 2004; Teil 2 in Heft 4, S. 242-248, 2004
26. Radermacher, F.J.: Ökosoziale Grundlagen für Nachhaltigkeitspfade – Warum der Marktfundamentalismus die Welt arm macht. GAIA 13, Nr. 3, 170-175, 2004
27. Radermacher, F.J.: Global Marshall Plan / Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosoziales Forum Europa (Hrsg.), Wien, September 2004, ISBN 3-9501869-2-1
28. Riegler, J.: Antworten auf die Zukunft, Ökosoziale Marktwirtschaft 1990, Adolf Holzhausens Nfg., Wien, ISBN 3- 900-518-05-X
29. Sabet, H.: Globale Maßlosigkeit – Der (un)aufhaltbare Zusammenbruch des weltweiten Mittelstands, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative. Patmos Verlag GmbH & Co. KG, Düsseldorf, 2005
30. Schmidt-Bleek, F.: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS - Das Maß für ökologisches Wirtschaften, Birkhäuser Verlag, 1993
31. Spiegel, P.: Faktor Mensch – Ein humanes Weltwirtschaftswunder ist möglich, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative, Horizonte Verlag GmbH, Stuttgart, 2005, ISBN 3-89483-103-0
32. von Weizsäcker, E.U., A. B. Lovins, L. H. Lovins: Faktor Vier: doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch. Droemer-Knauer, 1995
33. von Weizsäcker, E.U., O. Young, M. Finger: Limits to Privatisation – How to Avoid Too Much of a Good Thing, 2004
34. Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie (Hrsg.): Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. C. H. Beck, 2005, ISBN 3-406-52788-4
35. Zillmer, Horst W.: Die Zukunft beginnt heute...und wohin gehst Du, Homo sapiens? Wege zu einer nachhaltig tragfähigen globalen Entwicklung. ISBN: 3-9806348-0-9